

Gebühren für Kita und OGS ausgesetzt

Hamm – Die Stadt wird im Januar keine Gebühren für die Betreuung in Kindergärten und Offenen Ganztagschulen einziehen. Das sagte Oberbürgermeister Marc Herter (SPD) am Mittwoch nach der Ankündigung von Schulministerin Yvonne Gebauer (FDP), die Schulen bis zum 31. Dezember im Distanzunterricht zu führen. Vertreter von Stadt und Lehrerschaft äußerten sich zustimmend zur Entscheidung der Landesregierung.

Sie sei erleichtert, dass es jetzt eine klare Linie gebe, sagte Christina Kühler, Vorsitzende des Personalrates für die Grundschulen und Leiterin der Maximilianschule. Die Schulen seien besser gerüstet als noch im Frühjahr und hätten nun noch einige Tage Zeit für weitere Vorbereitungen. Auch die Eltern hätten Klarheit und stünden nicht wie in der Vorweihnachtszeit vor der Frage, ob sie ihre Kinder zu Schulen schicken sollen oder nicht.

Auch Schuldezernentin Dr. Britta Obszerninks (SPD) begrüßt die Ankündigung Gebauers. Für eine begrenzte Zeit sei der Distanzunterricht sinnvoll. Positiv sei auch, die Notbetreuung von Schülern nicht an bestimmte Kriterien zu binden, sondern die Entscheidung hier den Eltern zu überlassen; das sei „pragmatisch“.



Dr. Britta Obszerninks

Schuldezernentin

Oberbürgermeister Marc Herter kündigte unterdessen an, die für Januar fälligen Kita- und OGS-Gebühren nicht einzuziehen. Am Dienstag hatte er zusammen mit Obszerninks in einem Brief an Gebauer gefordert, die Gebühren landesweit auszusetzen und den Kommunen die so ausbleiben Einnahmen zu erstatten. Eine Antwort aus Düsseldorf habe man bislang nicht bekommen, sagte die Schuldezernentin am Mittwoch.

Zustimmung zur neuen Düsseldorfer Linie kam auch von den Lehrergewerkschaften. Marcel Teiner, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sah den Gesundheitsschutz durch die Landesregierung endlich ernstgenommen. Die Lehrer könnten sich nun ganz auf den Distanzunterricht konzentrieren, sagte Martina Klöcker, Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Beide kritisierten allerdings, dass sich die Voraussetzungen für das Zuhause-Lernen in den vergangenen Monaten nicht wesentlich verbessert hätten.

Ricarda Müller, Vorsitzende des Jugendamtselternbeirates, zeigte sich erfreut, dass die Entscheidung über den Schulbesuch nicht erneut den Eltern auferlegt wird. Ihre Befürchtung sei, dass der Distanzunterricht über den 31. Dezember hinaus verlängert werden müsse. Schüler zuhause zu motivieren, sei häufig nicht einfach.

jf